

PHILIPP BAGUS

DIE TRAGÖDIE DES €URO

EIN SYSTEM ZERSTÖRT SICH SELBST

FinanzBuch Verlag

© des Titels »Die Tragödie des Euro« (ISBN 978-3-89879-670-5)
2011 by FinanzBuch Verlag, Münchner Verlagsgruppe GmbH, München
Nähere Informationen unter: <http://www.finanzbuchverlag.de>

ERSTES KAPITEL – ZWEI VISIONEN EUROPAS

Seit den Anfängen der Europäischen Union gibt es einen Streit zwischen den Vertretern zweier unterschiedlicher Ideale. Welche Gestalt sollte sie annehmen: die einer klassisch-liberalen Vision oder die einer sozialistischen Vision Europas? In den Strategien dieser beiden Visionen hat die Einführung des Euro eine Schlüsselrolle gespielt.⁷ Um die Tragödie des Euro und seine Geschichte zu verstehen, ist es wichtig, mit diesen beiden divergierenden Visionen und ihren Spannungen vertraut zu sein, die angesichts einer Einheitswährung in den Vordergrund getreten sind.

Die klassisch-liberale Vision

Die Gründungsväter der EU, Schuman (Frankreich [geboren in Luxemburg]), Adenauer (Deutschland) und Alcide de Gasperi (Italien), allesamt Deutsch sprechende Katholiken, standen der klassisch-liberalen Vision Europas näher.⁸ Sie waren außerdem Christdemokraten. Für die klassisch-liberale Vision ist individuelle Freiheit der wichtigste kulturelle Wert der Europäer und des Christentums. In dieser Vision verteidigen souveräne europäische Staaten private Eigentumsrechte und eine freie Marktwirtschaft in einem Europa der offenen Grenzen und ermöglichen damit den freien Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Ideen.

Der Vertrag von Rom von 1957 war der größte Erfolg für die klassisch-liberale Vision Europas. Der Vertrag sicherte vier Grundfreiheiten: Freiheit des Güteraustausches, des Dienstleistungsangebots, der Kapitalbewegung und der Niederlassung. Der Vertrag erneuerte die Rechte, die ein wesentlicher Bestandteil der kurzen klassisch-liberalen Periode Europas im 19. Jahrhundert gewesen waren, aber im Zeitalter des Nationalismus und Sozialismus abgeschafft worden waren. Der Vertrag stellte eine

Abkehr vom Zeitalter des Sozialismus dar, der zu Konflikten zwischen europäischen Nationen führte, die in zwei Weltkriegen ihren Höhepunkt gefunden hatten.⁹

Ziel der klassisch-liberalen Vision ist die Wiederherstellung der Freiheiten des 19. Jahrhunderts. Im gemeinsamen europäischen Markt sollte freier Wettbewerb ohne Zugangsbeschränkungen herrschen. In dieser Vision konnte niemand einen deutschen Friseur daran hindern, in Spanien Haare zu schneiden, und keiner durfte einen Engländer für die Überweisung seines Geldes von einer deutschen auf eine französische Bank oder für eine Investition auf dem italienischen Aktienmarkt besteuern. Keiner konnte einen französischen Brauer mit Regularien daran hindern, in Deutschland Bier zu verkaufen. Niemand konnte einen Dänen daran hindern, seinem Wohlfahrtsstaat und extrem hohen Steuern den Rücken zu kehren und in ein Niedrigsteuerland wie Irland zu ziehen.

Um dieses Ideal friedlicher Kooperation und florierenden Handels zu erreichen, würde nichts weiter nötig sein als Freiheit. In dieser Vision ist die Schaffung eines europäischen Superstaates nicht notwendig. Die klassisch-liberale Vision bringt dem europäischen Zentralstaat sogar äußerste Skepsis entgegen; er wird als etwas betrachtet, das der individuellen Freiheit diametral entgegensteht. Philosophisch gesprochen sind viele Verteidiger dieser Vision vom Katholizismus beseelt, und die Ausdehnung des Christentums markiert die Grenzen der europäischen Gemeinschaft. Entsprechend der katholischen Soziallehre sollte das Prinzip der Subsidiarität herrschen: Probleme sollten auf der möglichst niedrigen und dezentralen Ebene gelöst werden. Die einzig akzeptable zentralisierte europäische Institution würde ein europäischer Gerichtshof sein, dessen Aktivitäten sich auf die Behandlung von Streitfällen zwischen Mitgliedsstaaten und den Schutz der vier Grundfreiheiten beschränken würden.

Aus klassisch-liberaler Sicht sollte es wie seit Jahrhunderten in Europa viele konkurrierende politische Systeme geben. Im Mittelalter und bis zum 19. Jahrhundert haben viele sehr unterschiedliche politische Systeme existiert, wie zum Beispiel die freien Städte Flanderns, Deutschlands und Norditaliens. Es gab Königreiche wie Bayern oder Sachsen, und es gab Republiken wie Venedig. Politische Vielfalt manifestierte sich am deutlichsten im stark dezentralisierten Deutschland. In

einer Kultur der Vielfalt und des Pluralismus blühten Wissenschaft und Wirtschaft auf.¹⁰

Wettbewerb auf allen Ebenen ist ein wesentlicher Bestandteil der klassisch-liberalen Vision. Er führt zu Kohärenz, da sich Produktstandards, Faktorpreise und besonders Lohnsätze tendenziell angleichen. Kapital bewegt sich dorthin, wo Löhne niedrig sind, und zieht sie nach oben; Arbeiter dagegen drängen dorthin, wo Lohnsätze hoch sind, und ziehen sie nach unten. Märkte bieten auf Privateigentumsgrundlage dezentralisierte Lösungen für Umweltprobleme an. Politischer Wettbewerb sichert den wichtigsten europäischen Wert: die Freiheit. Steuerwettbewerb begünstigt niedrige Steuersätze und verantwortliche Fiskalpolitik. Die Leute, wie auch die Unternehmen, stimmen mit den Füßen ab und entgehen damit exzessiven Steuersätzen. Unterschiedliche nationale Steuerregime werden als bester Schutz gegen Tyrannei betrachtet. Wettbewerb herrscht auch im Bereich des Geldes. Verschiedene monetäre Instanzen konkurrieren beim Angebot hochwertiger Währungen. Jene Instanzen, die stabile Währungen anbieten, veranlassen andere Instanzen, sie nachzuahmen.

Die sozialistische Vision

In direktem Gegensatz zur klassisch-liberalen Vision steht die sozialistische oder imperialistische Vision Europas, vertreten von Politikern wie Jacques Delors oder François Mitterrand. Eine Koalition aus etatistischen Interessen der nationalistischen, sozialistischen und konservativen Sorte tut, was sie kann, um ihr Programm voranzubringen. Sie will die Europäische Union zu einem Imperium oder einer Festung machen: Protektionistisch nach außen und interventionistisch nach innen. Diese Etatisten träumen von einem zentralisierten Staat, der von effizienten Technokraten – wie sich die herrschenden technokratischen Etatisten selbst sehen – verwaltet wird.

Diesem Wunschbild zufolge würde das Imperium über die Peripherie herrschen. Es gäbe eine einheitliche, zentralisierte Gesetzgebung. Die Vertreter der sozialistischen Vision Europas wollen einen europäischen Superstaat errichten, eine Reproduktion der Nationalstaaten auf europäischer Ebene. Sie wollen einen europäischen Wohlfahrtsstaat, der innerhalb Europas für Umverteilung, Regulierung, Harmonisierung und

Gesetzgebung sorgen würde. Die Harmonisierung von Steuern und Sozialgesetzgebung würde auf höchster Ebene vorgenommen. Wenn die Mehrwertsteuer innerhalb der Europäischen Union zwischen 15 und 25 Prozent beträgt, würden Sozialisten sie auf 25 Prozent in allen Ländern harmonisieren. Eine Harmonisierung von Sozialgesetzen ist im Interesse der bestgeschützten, reichsten und produktivsten Arbeiter, die sich eine solche Regulierung »leisten« können – während es ihre Kollegen nicht können. Wenn deutsche Sozialgesetze zum Beispiel auf Polen angewendet würden, hätten polnische Arbeiter Probleme, mit deutschen zu konkurrieren.

Das Ziel der sozialistischen Vision ist es, den Zentralstaat, d. h. Brüssel, mit immer mehr Macht auszustatten. Die sozialistische Vision Europas ist die Idealvorstellung der politischen Klasse, der Bürokraten, der Interessengruppen, der Privilegierten und der subventionierten Branchen, die zum Zweck ihrer eigenen Bereicherung einen starken Zentralstaat schaffen wollen. Anhänger dieser Sichtweise präsentieren den europäischen Staat als eine Notwendigkeit und glauben, dass seine Realisierung nur eine Frage der Zeit sei.

Entlang des sozialistischen Pfades würde der europäische Zentralstaat eines Tages so mächtig werden, dass die souveränen Staaten ihm untergeordnet würden. Wir können in den Fällen Griechenlands und Irlands bereits erste Indikatoren einer solchen Unterwürfigkeit erkennen. Beide Länder verhalten sich wie ein Protektorat Brüssels, von wo ihre Regierungen Anweisungen erhalten, wie sie mit ihren Defiziten umzugehen haben.

In der sozialistischen Vision gibt es – im Gegensatz zur katholisch inspirierten klassisch-liberalen Vision – keine offensichtlichen geografischen Grenzen des europäischen Staates. Der sich der öffentlichen Kontrolle entziehende politische Wettbewerb wird als Hindernis auf dem Weg zum Zentralstaat betrachtet. In diesem Sinne wird der Zentralstaat in der sozialistischen Vision immer weniger demokratisch, während Bürokraten und Technokraten immer mehr Macht übernehmen. (Ein Beispiel liefert die Europäische Kommission, das Exekutivorgan der Europäischen Union. Die Kommissare werden nicht gewählt, sondern von den Regierungen der Mitgliedsstaaten ernannt.)

Historische Präzedenzfälle dieses alten bislang gescheiterten sozialistischen Planes, in Europa einen beherrschenden Zentralstaat zu gründen,

wurden von Karl dem Großen, Napoleon, Stalin und Hitler etabliert. Der Unterschied ist jedoch, dass diesmal keine unmittelbaren militärischen Schritte notwendig wären. Dennoch wird im Streben nach einem europäischen Zentralstaat staatliche Zwangsgewalt eingesetzt.

Aus einer taktischen Perspektive betrachtet, nutzen Anhänger einer sozialistischen Vision insbesondere Krisensituationen, sowohl um neue Institutionen (wie die Europäische Zentralbank EZB¹¹ oder in der Zukunft möglicherweise ein europäisches Finanzministerium) zu schaffen, als auch um die Zuständigkeiten existierender Institutionen wie die der Europäischen Kommission oder der EZB auszuweiten.^{12, 13}

Die klassisch-liberale und die sozialistische Vision Europas sind folglich unvereinbar. Tatsächlich bedeutet der in der sozialistischen Vision vorgesehene Machtzuwachs eines Zentralstaates einen Rückgang der individuellen Freiheit.

Die Geschichte des Kampfes der zwei Visionen

Seit den 1950er Jahren befinden sich die beiden Visionen miteinander im Widerstreit. Anfangs hielt sich die Gestaltung der Europäischen Gemeinschaften mehr an die klassisch-liberale Vision.¹⁴ Die Europäische Gemeinschaft bestand aus souveränen Staaten und garantierte die vier Grundfreiheiten. Aus Sicht der klassischen Liberalen waren die Subventionen und Interventionen in der Agrarpolitik ein Hauptgeburtsfehler. Außerdem ist allein die Europäische Kommission zu Gesetzgebungsinitiativen berechtigt. Erst wenn die Kommission einen Gesetzesvorschlag gemacht hat, darf der Rat der Europäischen Union, allein oder zusammen mit dem Europäischen Parlament, dem Vorschlag zustimmen.¹⁵ Dieser Aufbau enthält den Keim der Zentralisierung. Infolgedessen war der institutionelle Aufbau von Anfang an darauf ausgerichtet, Zentralisation und Unterdrückung von Minderheitenmeinungen zuzulassen, da Einstimmigkeit für viele Entscheidungen nicht vorgeschrieben ist und die Bereiche, wo Einstimmigkeit vorgeschrieben ist, im Verlauf der Jahre eingeschränkt worden sind.¹⁶

Das klassisch-liberale Modell wird herkömmlicherweise von Christdemokraten und Staaten wie den Niederlanden, Deutschland und auch Großbritannien verteidigt.¹⁷ Doch die Sozialdemokraten und Sozialis-

ten, die üblicherweise von der französischen Regierung angeführt werden, verteidigen die imperialistische Vision Europas. Angesichts der schmachvollen Niederlage Frankreichs von 1940, der Jahre der Nazi-Besatzung, des französischen Versagens in Indochina und des Verlusts der afrikanischen Kolonien nutzte die herrschende Klasse Frankreichs die Europäische Gemeinschaft tatsächlich, um ihren Einfluss und Stolz wiederzugewinnen und um den Verlust ihres Weltreiches zu kompensieren.¹⁸

Im Lauf der Jahre hat es eine langsame Bewegung in Richtung der sozialistischen Idealvorstellung gegeben – mit wachsenden Haushaltsvolumen für die EU und der Einführung einer Regionalpolitik, die effektiv den Wohlstand in Europa umverteilt.¹⁹ Zahllose Regulierungen und Harmonisierungen tragen ebenfalls zu dieser Tendenz bei.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Wiedervereinigung Deutschlands schien die klassisch-liberale Vision souveräner und unabhängiger Staaten neue Kraft zu schöpfen. Erstens gewann Deutschland, das traditionell diese Vision vertreten hatte, aufgrund der Wiedervereinigung an Kraft. Zweitens erhielt die klassisch-liberale Vision Europas Unterstützung von den aus der Asche des Kommunismus hervortretenden neuen Staaten, wie der Tschechoslowakei (Václav Klaus), Polen, Ungarn usw. Diese neuen Staaten wollten ihre neue, vor kurzem gewonnene Freiheit genießen. Sie hatten genug vom Sozialismus, von Imperien und von der Zentralisierung.

Der Einfluss der französischen Regierung war jetzt geringer geworden.²⁰ Das sozialistische Lager sah ihre Niederlage kommen. Eine schnelle Ausweitung der EU unter Einschluss der neuen Staaten im Osten musste verhindert werden. Ein Schritt in Richtung Zentralstaat musste vorgenommen werden. Die Einheitswährung war das Instrument, mit dem dieses Ziel erreicht werden sollte.²¹ Deutschen Zeitungen zufolge befürchtete Frankreich, dass Deutschland »eine DM-dominierte Freihandelszone von Brest bis Brest-Litowsk« errichten würde.²² Europäische (französische) Sozialisten brauchten dringend Verfügungsmacht über die Geldproduktion.

Charles Gave argumentierte angesichts der Ereignisse, die auf den Fall der Berliner Mauer folgten:

Die Befürworter des »Römischen Reiches« [der sozialistischen Vision] meinten, dass der europäische Staat sofort zu organisieren sei, ungeachtet der Risiken, und die Eigenschaft der Unabwendbarkeit erhalten musste. Sonst würden die Befürworter des »christlichen Europas« [der klassisch-liberalen Vision] kampflos gewinnen und es würde in der Geschichte wahrscheinlich nie mehr eine Kursänderung stattfinden. Der Zusammenbruch der Sowjetunion war die Krise, die dem Römischen Reich die Gelegenheit und den Antrieb gab, ein überaus gewagtes Programm durchzusetzen. Das Gleichgewicht hatte sich verschoben, und das »Römische Reich« musste den Schwerpunkt in die andere Richtung ziehen; und mehr als alles andere wurde die Schaffung des Euro zum Symbol des Drangs des römischen Lagers hin zu einem zentralisierten Überbau.²³

Die offizielle Argumentationslinie der Befürworter einer einheitlichen Zwangsgeldwährung²⁴ war, dass der Euro die Transaktionskosten senken würde – und damit den Handel, den Tourismus und das Wachstum in Europa fördern würde. Mehr stillschweigend jedoch wurde die Einheitswährung als erster Schritt hin zur Errichtung eines europäischen Staates verstanden. Es wurde angenommen, dass der Euro den für die Schaffung dieses Staates notwendigen Druck erzeugen würde.

Der wahre Grund, weshalb die deutsche Regierung, die traditionell gegen die sozialistische Vision war, den Euro schließlich akzeptierte, hatte mit der deutschen Wiedervereinigung zu tun. Der Handel lautete so: Frankreich baut sein europäisches Reich, und Deutschland bekommt die Wiedervereinigung.²⁵ Es wurde behauptet, dass Deutschland ansonsten zu mächtig werden würde und dass ihm seine schärfste Waffe, die D-Mark, weggenommen werden musste – mit anderen Worten: Abrüstung.²⁶

Die nächste Stufe im Plan des sozialistischen Lagers war der Entwurf einer europäischen Verfassung (durch den französischen Ex-Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing), mit der ein Zentralstaat errichtet würde. Das Verfassungsprojekt scheiterte jedoch vollständig; 2005 wurde es von den Wählern in Frankreich und den Niederlanden niedergestimmt. Wie so oft wurden die Deutschen nicht einmal gefragt. Zum Euro waren sie auch nicht befragt worden. Aber solange sie nicht erreichen, was sie wollen,

geben Politiker normalerweise nicht auf. In diesem Fall wurde die Verfassung lediglich umbenannt; und sie benötigte in vielen Ländern keinen Volksentscheid mehr.

Infolgedessen wurde der Vertrag von Lissabon im Dezember 2007 verabschiedet. Der Vertrag ist angefüllt mit Begriffen wie *Pluralismus*, *Gleichbehandlung*, *Toleranz* und *Solidarität*, die allesamt als Aufruf zur Verletzung privater Eigentumsrechte und der Vertragsfreiheit interpretiert werden können. In Artikel drei verpflichtet sich die Europäische Union, soziale Ausgrenzung und Diskriminierung zu bekämpfen, womit den Interventionisten Tür und Tor geöffnet wird. Gott wird kein einziges Mal im Lissaboner Vertrag erwähnt.

In Wirklichkeit ist der Vertrag von Lissabon eine Niederlage für die sozialistische Idealvorstellung. Er ist keine echte Verfassung, sondern nur ein Vertrag. Er ist eine Sackgasse für die Befürworter des Imperiums, die gezwungen waren, sich neu zu formieren und sich auf das eine Werkzeug zu konzentrieren, das ihnen geblieben war – den Euro. Aber wie genau verursacht dieser eine Zentralisierung Europas?

Der Euro schafft die Art von Problemen, die von Politikern als Vorwand für Zentralisierung betrachtet werden können. Tatsächlich haben schon Konstruktion und Aufbau des Euro eine Reihe schwerer Krisen provoziert: Mitgliedsstaaten können ihre Defizite mit der Notenpresse finanzieren; diese Eigenschaft der Europäischen Währungsunion (EWU) führt unweigerlich in eine Staatsschuldenkrise. Die Krise wiederum kann genutzt werden, um Macht und Fiskalpolitik zu zentralisieren. Die Zentralisierung der Fiskalpolitik kann dann zur Steuerharmonisierung und zur Beseitigung des Steuerwettbewerbs eingesetzt werden.

In der gegenwärtigen Staatsschuldenkrise ist der Euro – das den Sozialisten einzig verbliebene Mittel, mit dem sie ihre Position stärken und ihren Zentralstaat erschaffen können – in Gefahr. Es entspricht daher überhaupt nicht der Wahrheit, dass ein Ende des Euro das Ende Europas oder der europäischen Idee bedeuten würde; es würde lediglich das Ende ihrer sozialistischen Version sein.

Ein wirtschaftlich integriertes Europa mit seinen vier Grundfreiheiten ist selbstverständlich ohne eine einheitliche Zwangsgeldwährung möglich. Großbritannien, Schweden, Dänemark und die Tschechische Republik haben den Euro nicht, gehören aber dem gemeinsamen Markt an

und genießen die vier Grundfreiheiten. Wenn sich Griechenland, Portugal oder Irland diesen Ländern anschließen würden, bliebe die klassisch-liberale Vision unverändert. Tatsächlich passt Währungsfreiheit besser zum europäischen Wert der Freiheit als ein europäisches gesetzliches Zahlungsmittel eines monopolistischen Geldproduzenten.